MV Verbandsgemeinde öffentlich	Nr.: VBG/MV/303/2023	
	Einreicher:	Der Bürgermeister

Fachdienst Zentrale Dienste und Finanzen	Verfasser:	Luz, Kathleen	04.04.2023
AZ:			

Beratungsfolge	Sitzungsdatum
Verbandsgemeinderat	20.04.2023

Antrag der AfD-Fraktion auf Benennung der brandschutzrechtlichen bzw. bautechnischen Bestimmungen für die Notwendigkeit der Anschaffung eines Hubrettungsfahrzeuges in der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra

Mitteilung

Mit Schreiben vom 08.03.2023 hat die AfD-Fraktion einen Antrag auf Benennung der brandschutzrechtlichen bzw. bautechnischen Bestimmungen für die Notwendigkeit der Anschaffung eines Hubrettungsfahrzeuges in der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra gestellt.

Zu den Fragen kann seitens der Verwaltung im Einzelnen wie folgt Stellung genommen werden:

Zu 1.:

Die Frage wird seitens der Verwaltung bejaht.

Zu 2.:

Die Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra erfüllt gemäß § 90 Absatz 1 Satz 1 Nr. 8 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (Kommunalverfassungsgesetz - KVG LSA) vom 17. Juni 2014 in der aktuell gültigen Fassung anstelle ihrer Mitgliedsgemeinden die Aufgaben nach dem Brandschutzgesetz als Aufgabe des eigenen Wirkungsbereiches.

Diese Aufgaben umfassen nach § 1 Absatz 1 des Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (Brandschutzgesetz - BrSchG) vom 07. Juni 2001 in der aktuell gültigen Fassung, die Abwehr von Brandgefahren (vorbeugender Brandschutz), die Brandbekämpfung (abwehrender Brandschutz) und die Hilfeleistung bei Unglücksfällen sowie bei Notständen.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben hat die Verbandsgemeinde nach § 2 Absatz 2 Nummer 1 BrSchG insbesondere eine leistungsfähige Feuerwehr aufzustellen, auszurüsten, zu unterhalten und einzusetzen.

Die Verordnung über die Mindeststärke und -ausrüstung der Freiwilligen Feuerwehren (MindAusrVO-FF) vom 13.07.2009 (GVBl. LSA S. 376) legt fest, dass die Freiwillige Feuerwehr einer Einheits- oder Verbandsgemeinde als leistungsfähig gilt, wenn die gemäß einer Risikoanalyse notwendige Ausrüstung einsatzbereit vorgehalten wird und die erforderlichen Funktionen jederzeit besetzt werden können.

Eine Risikoanalyse ermittelt den örtlichen Gegebenheiten entsprechend, die notwendige Ausrüstung (Fahrzeuge und Geräte) sowie die Anzahl der zu besetzenden Funktionen. Es gelten Mindestanforderungen.

Anhand des Ergebnisses der Risikoanalyse stellt die Gemeinde den Bedarf für den abwehrenden Brandschutz und die Hilfeleistung (Brandschutzbedarf) fest.

Bei Form und Inhalt finden die Arbeitshinweise Risikoanalyse des Landes Sachsen-Anhalt (Stand Juni 2009) entsprechend Anwendung.

In der Verbandsgemeinde gibt es ca. 6.200 Gebäude, deren zweiter Rettungsweg über Rettungsgeräte der Feuerwehr sichergestellt wird. Von diesen Gebäuden kann bei 3 Gebäuden mit Rettungshöhen über 12,20 m (dreiteilige Schiebleiter) der zweite Rettungsweg nur über Hubrettungsfahrzeuge der Feuerwehr sichergestellt werden.

hier: Wohngebäude Lehbreite 42 -50 in Helbra mit Brüstungshöhe 13,60 m (18 Wohneinheiten)

Die Vorhaltung eines eigenen Hubrettungsfahrzeuges DLK 23/12 ist notwendig, weil es zur Sicherung der Menschenrettung im Brandfall innerhalb der Eintreffzeit erforderlich ist. Die vorhandene Ausrüstung der Feuerwehr genügt nicht, den zweiten Rettungsweg für alle bewohnten Gebäude der Mitgliedsgemeinden zu gewährleisten. Die nachträgliche Anordnung baulicher Maßnahmen ist nicht möglich, da die betroffenen Gebäude zum Teil unter Bestandsschutz fallen. Eine Inanspruchnahme von Nachbarschaftshilfe- und überörtlicher Hilfe durch Feuerwehren anderer Gemeinden ist nicht möglich.

Mit Schreiben vom 06.12.2022 wurde durch die Lutherstadt Eisleben mitgeteilt, dass ihr Drehleiterfahrzeug zukünftig im Rahmen der Nachbarschaftshilfe nicht mehr zur Verfügung gestellt werden kann. Dies wird mit dem hohen Risikopotential und der daraus resultierenden Eintrittswahrscheinlichkeit von Drehleitereinsätzen innerhalb der Lutherstadt Eisleben und den Ortsteilen begründet. So besteht eine Gefährdung des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung in der Lutherstadt Eisleben, wenn die Drehleiter zu Einsätzen in die Nachbargemeinden ausrückt.

Die Hubrettungsfahrzeuge anderer Gemeinden kommen aufgrund der längeren Eintreffzeit, dem vorhandenen eigenen Risikopotential und der nachbarschaftlichen Löschhilfe für ihre angrenzenden Gemeinden nicht in Betracht.

In der Verbandsgemeinde gibt es weitere 23 Wohngebäude mit einer Brüstungshöhe von mehr als 8 m, bei denen der zweite Rettungsweg über Rettungsgeräte der Feuerwehr sichergestellt werden muss. Diese sind im Folgenden benannt:

- 1 Wohngebäude Benndorf Chausseestraße, Brüstungshöhe 11,30 m (1 Wohneinheit)
- 4 Wohngebäude Benndorf Hauptstraße, Brüstungshöhe 8,50 m (6 Wohneinheiten)
- 8 Wohngebäude Helbra Lehbreite (ohne 42 -50), Brüstungshöhe 10,75 m (64 Wohneinheiten)
- 1 Wohngebäude Helbra Wilhelmstraße, Brüstungshöhe 8,20 m (2 Wohneinheiten)
- 1 Wohngebäude Helbra Feldstraße, Brüstungshöhe 8 m (8 Wohneinheiten)
- 1 Wohngebäude Helbra Pestalozzistraße, Brüstungshöhe 8,30 m (1 Wohneinheit)
- 1 Wohngebäude Helbra Schulstraße, Brüstungshöhe 8,70 m (1 Wohneinheit)
- 3 Wohngebäude Helbra Bolzeschachtstraße, Brüstungshöhe 10,80 m
- 1 Wohngebäude Helbra Hauptstraße 10, Brüstungshöhe 10,75 m (1 Wohneinheit)
- 1 Wohngebäude Helbra Hauptstraße, Brüstungshöhe 8,50 (4 Wohneinheiten)
- 1 Wohngebäude Klostermansfeld Mansfelder Straße, Brüstungshöhe 10,30 m (2 Wohneinheiten)

Nach § 32 Abs. 3 Satz 1 Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt (BauO LSA) dürfen Gebäude, deren zweiter Rettungsweg über Rettungsgeräte der Feuerwehr führt und bei denen die Oberkante der Brüstung der zur Rettung über Geräte der Feuerwehr bestimmten Fenster oder Stellen mehr als 8 m über der Geländeoberfläche liegt, nur errichtet werden, wenn die Feuerwehr über die erforderlichen Rettungsgeräte wie Hubrettungsfahrzeuge verfügt.

Mit tragbaren Leitern kann eine sichere Rettung aus den oberen bzw. obersten Räumen nicht erfolgen. Der Gesetzgeber hat sich von der Erwägung leiten lassen, dass von einer Personenrettung über tragbare Leitern grundsätzlich nicht mehr ausgegangen werden kann, sobald die Unterkante der lichten Öffnung, die angeleitet wird, mehr als 8 m über der Geländeoberfläche liegt. Dies ist nachvollziehbar und entspricht der Einsatztaktik der Feuerwehr (Rettungshöhe einer Steckleiter von 7,20 m).

Bei der Rettung von Personen über tragbare Leitern geht man grundsätzlich von selbstständig handelnden und sich bewegenden Menschen aus. Bei solchen Personen dauert eine Rettung über eine tragbare vierteilige Steckleiter, z.B. aus dem zweiten Obergeschoss, ca. 3 Minuten/Person.

Dreiteilige Schiebleitern sind äußerst instabil und wegen der hohen Absturzgefahr sowohl für den Feuerwehrmann als auch für die zu rettende Person nicht zur Rettung von Menschen geeignet. Im Verbandsgemeindegebiet besteht aufgrund der vorhandenen Altersstruktur eine hohe Wahrscheinlichkeit von zu rettenden älteren und eingeschränkt beweglichen Personen, die zudem ein erhöhtes Maß an Angstgefühl haben und sich somit kaum auf eine tragbare Leiter begeben dürften.

Aber selbst wenn man von einer gesicherten Rettungshöhe von 12 m mittels einer tragbaren dreiteiligen Schiebleiter ausgehen wollte, wäre jedenfalls das Dachgeschoss damit nicht anleiterbar. Somit ist es fachlich begründet, dies auf Bestandsgebäude zu übertragen.

Auch Prof. Dr. Reinhard Grabski, Institut der Feuerwehr Sachsen-Anhalt, führt in seinen Institutsberichten zum Thema „Risikoanalyse zur Bedarfsermittlung kommunaler Feuerwehren“ aus, dass bei Gebäuden mit einer mittleren Rettungshöhe von 7 m bis 22 m neben dem Grundschutz der Bedarf eines Hubrettungsfahrzeuges besteht.

Die Notwendigkeit eines solchen Fahrzeuges ergibt sich darüber hinaus aus dem Erfordernis, dass für die Brandbekämpfung von Dachstuhlbränden oder technischer Hilfe bei Unwettern ein entsprechendes Arbeitsgerät verfügbar sein muss. Auch werden Hubrettungsfahrzeuge mittlerweile des Öfteren zur patientengerechten Rettung eingesetzt. Im Fokus steht hier die schonende Rettung aus Höhen, teilweise schon aus dem 1. Obergeschoss bei beengten Treppenhäusern.

Die Verwaltung bittet hierzu um Kenntnisnahme.

Anlagen

Antrag der AfD-Fraktion